

## **Kreistag lehnt Schulmittel-Fonds ab**

Linke-Antrag zu Hartz IV scheitert

(mjs) Auch im Landkreis Schweinfurt wird es keinen speziellen Schulmittelfonds für bedürftige Kinder geben. Wie zuvor bereits der Finanzausschuss des Stadtrats, so lehnte auch der Kreistag einen Antrag der Linken ab. Auch der Vorschlag von Hartmut Bräuer (SPD), die kreiseigenen Schulen einmalig zu unterstützen, fand keine Mehrheit.

Linke-Sprecher Klaus Schröder argumentierte, dass im Hartz IV-Regelsatz lediglich Kosten für Schreibwaren zwischen 2,21 und 1,66 Euro pro Monat festgelegt seien. Er schlug vor, pro bedürftigem Schüler eine Unterstützung von 70 Euro zu gewähren. In der Summe gehe es um 60 000 Euro: „Das ist ein einmaliges Geschäft.“ Ab dem kommenden Schuljahr gewährt der Bund 100 Euro.

Die Zuständigkeit des Bundes betonten nicht nur die Antwort der Landkreisverwaltung, sondern auch Arthur Arnold (CSU) und Peter Seifert (Freie Wähler). Auch wenn Land und Bund untätig seien, stehe der Landkreis in der Pflicht, argumentierte Birgit Röder (Grüne), die ein gemeinsames Konzept von Kreis und Gemeinden forderte.

„Wir leisten uns Sachen wie das Gewerbeflächenmanagement“, deswegen könne man diesen einmaligen Beitrag leisten, sagte Schröder. Dessen Parteikollege Wolfgang Gutgesell legte nach: Der Kreis müsse sich positionieren, ob zuerst die Wirtschaft oder die Menschen kämen. Dies wies Gerhard Eck (CSU) als Populismus zurück: Wer die Wirtschaft unterstütze, wolle „den Menschen nichts Schlechtes tun“. Fraktionschef Arnold verbat sich die Unterstellung, seine Fraktion würde bei den Entscheidungen nicht den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Gegen die Stimmen der Linken und Renate Gschwender und Walter Rachle (beide Grüne) lehnte der Kreistag den Antrag ab.

Um in diesem Jahr Abhilfe zu schaffen, beantragte Hartmut Bräuer, den Fördervereinen der kreiseigenen Heideschule, Derleth-Realschule und des Celtis-Gymnasiums jeweils 2000 Euro zur Verfügung zu stellen. Arnold und Seifert lehnten dies ab, weil ansonsten die Gemeinden für ihre Schulen unter Druck gerieten. Landrat Harald Leitherer sprach von einer Ungleichbehandlung der Schüler. Bräuer brachte für diesen Vorschlag nur seine Fraktion und die Grünen hinter sich.